BLAUE POST BAUTZEN

www.afdbautzen.de März 2022

Die Abgeordneten der Regierungskoalition interessieren sich nicht dafür, wie viele Mediziner ihren Job verlieren.

Am Donnerstag, den 17.02.2022 brachte die Alternative für Deutschland zum wiederholten Male einen Antrag in den Bundestag ein, in dem wir fordern, die einrichtungsbezogene Impfpflicht aus dem Gesetz zu streichen.
Am gleichen Tag, eine halbe Stunde später brachte die CDU/CSU einen Antrag mit dem Titel „Ausgestaltung der Impfpflicht" ein, in dem sie lediglich forderte, zu klären und festzulegen, wie die Impfpflicht bei medizinischem Personal durchgesetzt werden soll. Zur Erinnerung, die CDU/CSU-Fraktion hatte, bis auf wenige Ausnahmen, am 10.12.2022 der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zugestimmt.
Allerdings richtete eine bayerische Abgeordnete der CSU, Frau Zeulner, schon einmal die richtige Frage an eine SPD-Abgeordnete. Sie fragte sie, mit wie vielen Menschen sie rechne, die ihren Beruf aufgeben werden, weil sie sich nicht impfen lassen wollen. Die SPD-Abgeordnete beantwortete die Frage natürlich nicht, sondern verwies auf andere Staaten, die die Impfpflicht für medizinisches Personal schon hätten. Da mich diese Frage natürlich auch interessierte, stellte ich dann einer FDP-Abgeordneten die gleiche Frage:
Aus dem Protokoll:

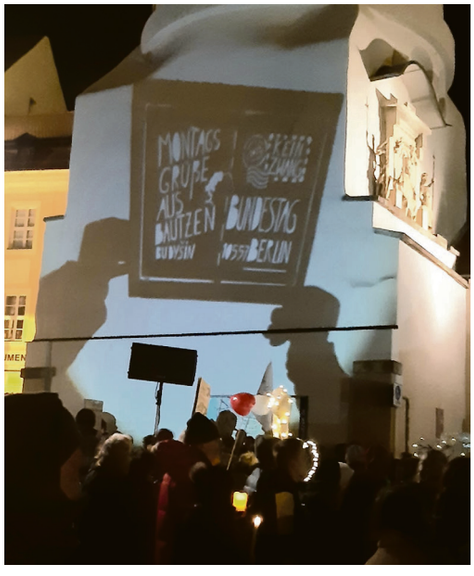
Karsten Hilse (AfD):
Werte Frau Aschenberg-Dugnus, ich verschaffe Ihnen jetzt noch ein bisschen mehr Redezeit. - Ich möchte gern eigentlich nur die Frage von meiner geschätzten Kollegin - also ich schätze sie zumindest für ihre Rede, die sie vorhin gehalten hat - wiederholen: Mit wie viel Personen aus dem medizinischen Bereich rechnen Sie, die aufgrund dessen, dass sie am 16. März nicht mehr zur Arbeit gehen dürfen, weil sie sich aus guten Gründen - sie haben sich darüber ja Gedanken gemacht - dafür entschieden haben, sich nicht impfen zu lassen?
Ich sage Ihnen mal - ich habe es gestern schon der Staatssekretärin gesagt -, wie die Verhältnisse bei uns in Sachsen sind. Bei mir im Kreis sind 44 Prozent des Pflegepersonals nicht geimpft, im Kreis Görlitz sind es 49 Prozent. Da haben Sie schon mal einen Ansatz, wie viele Personen das Gesundheitswesen dann verlassen werden. Es gibt sogar Rettungswachen bei uns in Sachsen, in denen 80 Prozent der Rettungssanitäter nicht geimpft sind. Sie verweigern die Impfung nicht, weil sie stur oder stumpfsinnig sind, sondern weil sie jeden Tag mit den teilweise katastrophalen Nebenwirkungen zu tun haben. Also, mit wie viel Personen rechnen Sie, die ihren medizinischen Beruf niederlegen werden, weil Sie eine Impfpflicht für sie beschlossen haben?

Natürlich kam auch von der FDP-Abgeordneten keine Antwort. Die Regierung und die sie tragende Koalition wollen sich gar keine Gedanken darüber machen, wie viele Menschen ab dem 16.03.2022 das Gesundheitswesen verlassen.
Sie fahren nicht nur das Gesundheitswesen an die Wand. Die infantilen Koalitionäre wollen die Folgen gar nicht wissen. Ähnlich wie Kinder, die sich die Augen zu halten, weil sie denken, dass das was sie dadurch nicht sehen, einfach nicht vorhanden ist.
Das komplette Rededuell finden Sie auf meiner Facebook-Seite.
https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/videos/906834163314408

Karsten Hilse, MdB

Immer wieder Montag

„Lügen haben kurze Beene, Kretzschmer hat besonders kleene!“ ruft es hinter mir. Wir lachen Zustimmung.
„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Freiheit klaut!“ Ein paar Trillerpfeifen schrillen wie zur Bestätigung.
Nein, ich bin kein Massenmensch, nicht der Typ für Volksfeste. Hier jedoch fühle ich mich wohl, fast könnte ich sagen geborgen.
Montagabend in meiner wunderschönen Heimatstadt Bautzen …
Am Nachmittag haben wir wie jede Woche mit Jörg Urban, unserem Landesvorsitzenden, den Infostand am Reichenturm aufgebaut. Es weht ein stürmischer Wind, der uns unsere Flyer und Zeitungen noch vor den Leuten aus den Händen zu reißen droht. Ja, es sind wahrhaft stürmische Zeiten! Nach 17.00 Uhr füllt sich die Reichenstraße, aus allen Enden strömen Menschen herbei. Wiedersehensfreude, Umarmungen, gute Gespräche ohne Abstand und Maske. Es tut richtig gut, das zu sehen. Die starke Polizeipräsenz ist mir ein Rätsel. Der Reichenturm ist umstellt. Einsatzfahrzeuge halten schon lange vorher offensichtlich strategisch wichtige Punkte in der Innenstadt besetzt. Warum? Zur Verkehrsregelung braucht man nur wenige Fahrzeuge. Leider muß unser Spaziergang auf einer vorher streng festgelegten Route verlaufen. Das Verlesen der Regeln für die Kundgebung durch den Versammlungsleiter auf dem Kornmakt scheint kein Ende zu nehmen. Revolution auf deutsche Art?
Am Stand geben wir jetzt auch Kerzen mit dem Logo unseres Kreisverbandes aus. Die Menschen formieren sich. Wie jeden Montag hoffe ich, daß wir wieder mehr geworden sind, daß mehr Leute zum Innehalten, Nachdenken und Aufwachen gekommen sind, daß sich wieder ein paar mehr aufraffen, die Trägheit überwinden, nicht nur in sozialen Netzwerken vom Sofa aus ihre Meinung äußern, sondern raus gehen und aktiv werden. Ich werde auch in dieser Woche nicht enttäuscht. Wie wir nach dem Protestmarsch vom Versammlungsleiter erfahren, sind es 5500 Menschen an diesem Abend!
Wieder auf dem Kornmarkt angekommen, gibt es einige kurze Redebeiträge, u.a. auch von „unserem Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse“., wie er von einem der Veranstalter der Mahnwache angekündigt wird. Auch Karsten weist darauf hin, daß unser Protest weiter gehen muß, über die drohende Impfpflicht hinaus. Denn es steht von der Bargeldabschaffung, über die andauernde massenhafte illegale Migration von kulturfremden Wirtschaftsflüchtlingen ohne fachliche Kenntnisse, bis hin zur Enteignung unseres privaten Eigentums viel mehr auf dem Spiel: Unsere gesamte Art zu leben!



Zurück zur Impfpflicht: Am 16. März soll die erste Gesetzesvorlage zur allgemeinen Impfpflicht im Bundestag zur ersten Lesung kommen. An den darauffolgenden Tagen erfolgen dann bereits die weiteren Lesungen. Im Eilverfahren soll das Gesetz durchgepeitscht werden. Jeden einzelnen Bundestagsabgeordneten sollen wir anschreiben und an sein Gewissen bezüglich der Abstimmung appellieren! Wenn es irgend möglich ist, sollen wir in diesen Märztagen nach Berlin fahren und dort zahlreich vor Ort unsere Meinung kundtun.

Derweil werden am Reichenturm mit einfachen, kreativen Mitteln Losungen zum Leuchten gebracht.
Dazwischen immer wieder Lieder von und mit Yann Song King. Alle singen mit. Seine Texte treffen in Herz, Hirn und Seele und gehen, wenn ich an dieser Stelle für mich sprechen darf, fast wie ein inständiges Flehen nach allumfassender Erkenntnis und Erneuerung hinaus in diese im Chaos versinkende Welt. Eine Polonaise formiert sich bei seinem Hit über Frank, der mehr oder weniger freiwillig für die Freiheit einsteht.
Ich schaue in lachende, entspannte Gesichter.
Die Kundgebung ist zu Ende. Im einsetzenden Dauerregen zerstreut sich die Menge.
Wir gehen zu unserem Treffpunkt am Hauptmarkt. Es ist nun schon zur Tradition geworden, daß wir noch deutsche Volkslieder singen. Die Viola ertönt warm, Texthefte werden mit ein wenig klammen Händen herausgeholt. Tapfer singen (und trinken) wir unter einem riesigen Schirm gegen Regen und Kälte an. Es lebe der Glühweinstand! Nächste Woche nehmen wir uns vor, während des Spaziergangs zu singen.
Nachtrag:

Einen Tag später lese ich in der SZ folgende Antwort des potentiellen Bürgermeisterkandidaten Karsten Vogt (CDU), auf die Frage nach den Gründen für sein Gesprächsangebot zwischen den Veranstaltern der Mahnwache und Vertretern der Stadt folgendes:
„...er habe das Gesprächsangebot unterbreitet, weil er sich vor einem Ausarten der Gewalt gefürchtet habe. Es war ernsthaft zu befürchten, dass irgendwann Menschen zu Schaden kommen oder ein Haus in Flammen steht. Eine Situation, die in einer Gesellschaft untragbar ist...“

WIR zerstören unsere Stadt nicht!
WIR zerstören keine Menschenleben!

Was für unverschämte Unterstellungen sind das!
Falls sich Herr Vogt in höchst unrühmlicher Nachfolge von Herrn

Ahrens mit dem „brennenden Haus“ auf den Husarenhof bezieht und meine geliebte Heimatstadt erneut in die „Zündelecke“ stellen will, dann sei an dieser Stelle nochmals EXPLIZIT darauf hingewiesen, was in einigen Zeitungen bedauerlicherweise nur im Kleingedruckten zu finden war: BIS HEUTE KONNTE NICHT ZWEIFELSFREI NACHGEWIESEN WERDEN, DAß DER BRAND DES HUSARENHOFS DURCH „MIGRATIONS-PROTESTLER“ VERURSACHT WURDE!

Passend zu unserer jetzigen Panik- und Angstgesellschaft werden erneut Angst und Panik durch Herrn Vogt diesmal vor seinen eigenen Mitbürgern geschürt, von denen absolut keine Gefahr ausgeht, ganz in der Tradition des jetzigen „Oberbürgerjägers“. Es sei denn, man sieht bereits eine andere Meinung als drohende Gefahr, wie es heute parteiübergreifend Usus ist.
Der Artikel in der SZ vom 22.02.2022 mit der Überschrift: „Bautzen-Kritik an Corona-Protestlern“ mißbraucht unseren ehrlichen und friedlichen Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung für gemeines Wahlkampfgetöse. Wir sollten sehr genau überlegen, wem wir unsere Stimme für das verantwortungsvolle und wichtigste Amt des Oberbürgermeisters unserer Stadt am 12. Juni geben.

Na dann, bis Montag!

Carla Nicholson

Mehr Demokratie wagen, statt Demokratiesimulation

Seit Jahren wird in einer Art Demokratiesimulation der oberste Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, der Bundespräsident gewählt. Zwar hat er vorrangig repräsentative Aufgaben, er unterschreibt aber auch alle Gesetze. Sollte ein Bundespräsident ein Gesetz nicht unterschreiben, kann es nicht in Kraft treten.
Gewählt wird der Bundespräsident von der sogenannten Bundesversammlung mit 1400 Mitgliedern, den Bundestagsabgeordneten und Entsandten aus den Bundesländern von allen im Parlament vertretenen Parteien. Da werden auch mal solche „Koniferen“ wie Olivia Jones oder Lady Bitch Ray von den Kommunisten entsandt, um die Bundesversammlung vollends der Lächerlichkeit preiszugeben.

Die AfD fordert, dass ähnlich wie in Österreich, der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt wird und brachte dazu auch einen Gesetzentwurf ein.
Stephan Brandner, Justiziar und Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD- Bundestagsfraktion, der diesen Gesetzentwurf federführend erstellt hat, machte deutlich, dass die Direktwahl durch ein transparentes Verfahren eine wesentlich höhere demokratische Legitimation hat. Brandner wörtlich:
„Deutschland muss ‚Mehr Demokratie wagen‘: Statt der rund 1.400 Wahlleute der Bundesversammlung, die meist einen in politischen Klüngel-Runden festgelegten Kandidaten parteienkonform lediglich abnicken, sollen künftig über 60 Millionen Wahlberechtige ihr Staatsoberhaupt wählen - eine Vorstellung, die die AfD mit rund 70 Prozent der Bundesbürger teilt.
Eine parteiisch und willfährig zusammengesetzte Bundesversammlung, in der Travestiekünstler, Komiker und andere C-Promis vertreten sind, spiegelt nicht den Grundgedanken einer Legitimation aus der Mitte der Gesellschaft wider. Damit zeigt sich: die Direktwahl trifft stärker den Geist des Grundgesetzes als eine parteiische Bundesversammlung. Die Verfassungsänderung wird zu einem nötigen Korrektiv eines dysfunktionalen Staatsorgans, das immer mehr operettenhafte Züge annimmt.
Wohin solche Kungeleien vorbei am Wahlvolk führen, zeigen Totalausfälle wie Wulff oder Steinmeier, die das Amt als politische Sprechpuppen immer mehr beschädigen.“

Karsten Hilse, MdB

Omikron-Entdeckerin unter Druck gesetzt!

Die südafrikanische Gesundheitsexpertin Angelique Coetzee ist die Entdeckerin der Omikron-Variante. Schon früh stellte sie fest, dass diese im Vergleich zu den vorangegangenen Varianten deutlich harmloser ist und einen milden Krankheitsverlauf nach sich zieht. Ihre Erkenntnisse hätten eine politische Umkehr nach sich ziehen müssen, doch das genaue Gegenteil war der Fall.
Coetzee wurde unter Druck gesetzt: Europas Politiker hielten die Südafrikanerin dazu an, ihre Erkenntnisse für sich zu behalten. Diese wurden, mit Hinweis auf ominöse „Mutationen“, von mehreren EU-Ländern als unrichtig erklärt. Einer der Gründe dafür könne laut Coetzee der sein, dass „Wissenschaftler nicht das Gemeinwohl“, sondern nur sich selbst im Sinn hätten. Deshalb sollten diese zu Erklärungen dazu verpflichtet werden, ob sie „finanziell dafür belohnt“ würden, bestimmte Produkte zu fördern.
Coetzees Angaben passen zu den vielen Ungereimtheiten insbesondere in der deutschen Coronapolitik. Schon lange fragt man sich, was beispielsweise Karl Lauterbach eigentlich antreibt, wenn er vollkommen aus der Luft gegriffene „400 bis 500 Tote täglich“ ins Feld führt, um jede Lockerungsmaßnahme schon im Keim zu ersticken. Für viele Menschen in unserem Land sind weder solche Aussagen, noch die damit verbundenen politischen Entscheidungen noch irgendwie erklärbar.

Die große Entwertung

99 Jahre ist es her, seit in Deutschland die dramatischste Geldentwertung, die je in einem modernen Finanzsystem stattfand, ihren Höhepunkt erreichte. Die Menschen mussten hilflos mitansehen, wie die Wirtschaft in der Weimarer Republik zusammenbrach und sich die Ersparnisse in Luft auflösten.
„Alle Werte waren verändert…", schrieb der Schriftsteller Stefan Zweig (1881-1942) darüber. „Jeder, der nur lesen oder schreiben konnte, …hatte das geheime Gefühl, dass sie sich alle betrogen oder betrogen wurden von einer verborgenen Hand, die dieses Chaos sehr wissentlich inszenierte, um den Staat von seinen Schulden und Verpflichtungen zu befreien."
Ludwig Erhard formulierte einige Jahre später: „Die Inflation* kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen."
In Politik und Zentralbanken vieler Länder, wie auch in der EU und der EZB, hält man nach wie an der Überzeugung fest, mittels monetärer Aufblähung Wirtschaft und Beschäftigung voranbringen zu können. Ein System aus Zentral- und Geschäftsbanken schafft so Geld „aus dem Nichts". Allein im Euroraum wurde so die Geldmenge von 880 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf gegenwärtig vier Billionen ausgeweitet.
Regierungen haben sich in allen Zeiten am Geld vergriffen. Doch seitdem den Währungen die materielle Grundlage (Deckung durch Sachgeld wie Gold und Silber) entzogen wurde, sind sie beliebig dehnbar und der Zugriff weniger offensichtlich. So lässt sich ungedecktes Papiergeld willkürlich zum Erreichen politischer Ziele vermehren.
Seit seiner Einführung schwindet die Kaufkraft des Euro. Mit jeder „Rettungsmaßnahme" mehr. Das uns von der EZB als „Währungsstabilität" verkaufte offizielle Inflationsziel von jährlich 2% bedeutet nicht mehr oder weniger als eine Entwertung z.B. der Sparguthaben um 20% in zehn Jahren. Nun liegt die Inflationsrate seit geraume Zeit um die 5% - also einer Halbierung der Kaufkraft binnen 10 Jahren! Experten halten diese Zahl übrigens für geschönt, da u.a. der enorme Preisanstieg bei den Sachwerten hier kaum Eingang findet.
Inflation schröpft vor allem die Empfänger niedriger und mittlerer Gehälter, weil ihre Löhne stets der durch Geldmengenvermehrung verursachten Geldentwertung hinterherhinken. Große Profiteure sind der Staat und die mit ihm verbandelten „systemrelevanten" Interessengruppen als Erstempfänger des neu geschaffenen Geldes.
Allerdings schauen viele Menschen in Unkenntnis der Ursachen in die falsche Richtung. Sie erwarten Rettung durch den Staat. Der Brandstifter als Feuerwehr. Dessen Maßnahmen wie Einführung neuer Steuern („Reichensteuer"), neuer Ge- und Verbote, von Preiskontrollen, die Zunahme von Bürokratie, bahnen jedoch den Weg hin zur Lenkungs- und Kommandowirtschaft, die im Gewand der „Großen Transformation", des „Great Reset" oder eines „Green New Deal" daherkommt.
Inflation ist so nicht nur ein - mit schlimmen sozialen und kulturellen Verwerfungen verbundener - finanzieller Raubzug, bei dem die Eigenschaft des Geldes als Orientierungsmaßstab für den Tausch verloren geht. Sie wird auch zum Wegbereiter eines sozialistischen Umsturzes.
Die AfD spricht sich seit ihrer Gründung immer wieder gegen das die Inflation befördernde Experiment Euro und den Weg in die Transfer-, Schulden- und Haftungsunion aus. Dieser Irrweg kann nur durch die Rückkehr zu einer stabilen nationalen Währung verlassen werden.

Die aktuelle Preisexplosion auf dem Energiesektor (Heizung, Strom, Kraftstoffe) wird - neben den von den Zentralbanken geschaffenen inflationären Ursachen – zu großen Teilen von der Energiepolitik verursacht. Die Kosten für die gescheiterte „Energiewende" nebst Co2-Steuer für die „Klimarettung" sind maßgebliche Treiber der Teuerungswelle.
Hier fordert die AfD unverzügliche Entlastung der Bürger durch Maßnahmen wie:
- Absenkung der Mehrwertsteuer für Energie, Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe auf 7%;
- schnellstmögliche Reduzierung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß;
- Streichung der Förderung von E-Autos;
- Abschaffung der CO2-Steuer, des „erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Energiebesteuerung.

*Das Wort „Inflation" stammt aus dem Lateinischen: inflare = aufblähen.

Jörg Urban, AfD-Landesvorsitzender

Der Landrat

In vielen Landkreisen werden dieses Jahr neue Landräte gewählt, so auch im Landkreis Bautzen.
Der Landrat ist der oberste Beamte eines Landkreises. In Sachsen wählen die Bürger des Landkreises ihren politischen Vertreter, seine Amtszeit beträgt 7 Jahre. Er regelt die Organisation der Verwaltung, ist Vorsitzender des Kreistages und seiner Ausschüsse, leitet die innere Kreisverwaltung und die Kreisratssitzungen. Als Vorsitzender vertritt er den Landkreis in allen politischen und rechtlichen Belangen.

Der Landrat erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm vom Kreistag übertragenen Aufgaben. Im Kreistag beschließen die Kreisräte die politische Gestaltung des Landkreises.
Hierzu zählen unter anderem Beschlüsse zu:
– Angelegenheiten kommunaler Straßenbau
– Schulnetzausbau
– Schülerbeförderungskosten, Müll-, Sportstättengebühren
– Eintrittsgelder Bäder und Museen
– Asylunterkünften
– Investitionen ÖPNV
Die Arbeit als Landrat ist sehr verantwortungsvoll, man sollte sehr genau abwägen, wen man am 12. Juni 2022 wählt.
Informieren Sie sich deshalb genau, wem Sie ihr Vertrauen geben.

Timo Schreyer, MdL

Bedingungslose Öffnung des Vereinssports ab 28.2.2022

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie ist der Vereinssport der große Verlierer und mit ihm die zahlreichen Mitglieder. Alle Vereine haben die Schließungen und Einschränkungen im Sinne der Pandemiebekämpfung als nötig gesehen und mitgetragen. Doch nach fast 2 Jahren setzt in allen gesellschaftlichen Bereichen eine gewisse Gleichgültigkeit und Ermüdung ein. Vor allem Kinder und Jugendliche mussten ihre sozialen Kontakte stark zurückfahren.
Im Jahr 2021 hatte der Kreissportbund Bautzen über 45.000 Mitglieder. 34 Prozent der Mitglieder waren bis 18 Jahre alt. Neben den Beschränkungen im schulischen Bereich, waren diese 15.400 Kinder und Jugendlichen auch massiv im Vereinsleben eingeschränkt.
Stefan Lehmann, AfD-Kreisrat, Stadtrat in Schirgiswalde-Kirschau und Vereinsvorsitzender eines größeren Vereins im Bautzener Oberland, sagt zur aktuellen Situation: *„Eine Umsetzung von 2G im Trainings- und Spielbetrieb, bedeutet unserer Meinung nach, einen Verstoß gegen das in den Satzungen genannte Prinzip der Gleichheit. Wir wollen und können 2G im Verein nicht umsetzen. Dieser Umstand ist eine Ungleichbehandlung von Mitgliedern und führt unweigerlich zur Spaltung, dazu wollen und werden wir nicht beitragen. Wir haben in unserem Verein geimpfte, genesene und ungeimpfte Mitglieder. Alle akzeptieren und schätzen sich untereinander, ohne Probleme! Statt uns mit Spaltung zu beschäftigen, würden wir uns gerne wieder mit unserer tatsächlichen Aufgabe befassen: die Öffnung und das Leiten eines ehrenamtlichen Vereines für Alle, dem Anbieten von Breitensport für Erwachsene und vor allem wieder die Durchführung von uneingeschränktem Kindersport. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zusammen zu bringen und bei ihren gemeinsamen Aktivitäten im Freizeitbereich zu unterstützen."*
Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter erklärt dazu: *„Sport verbindet und darf nicht politisiert werden. Das gilt gerade auch in der jetzigen Zeit, die sehr polarisiert. Die Staatsregierung muss handeln und soll ab 28.2.2022 die eigenverantwortliche, zeitnahe und bedingungslose Öffnung der Sportanlagen, im Außen- und Innenbereich, für den Vereinssport für alle Vereinsmitglieder ermöglichen."*
Steffen Lehmann, AfD-Kreisrat und Gemeinderatsmitglied in Malschwitz, ergänzt: *„Für die Kinder und Jugendlichen wäre es wichtig, dass ab 28.2.2022 in Sachsen alle Corona-Vorschriften im Vereinsbereich aufgehoben werden. Die Sportverbände mit den dazugehörigen Vereinen benötigen Zeit und zuverlässige Termine, um Spielpläne wieder zu aktivieren und optimal vorzubereiten. Um Sportunfälle zu vermeiden, benötigen die Sportler mindestens 4 Wochen Vorbereitungszeit, um am Wettkampfbetrieb teilnehmen zu können."*

Frank Peschel, MdL

Wahrnehmungsmanagement

Seit Gustave le Bons Thriller „Psychologie der Massen" - geschrieben 1895 und seitdem weiterentwickelt von Myriaden gut bezahlter Psychologen und Marketingmanager - weiß der belesene Zeitgenosse, dass die menschliche Wahrnehmung der Wirklichkeit mit der objektiven Realität nicht unbedingt etwas gemein haben muss.
Ganz grundsätzlich fängt unsere Spezies die Signale ihrer Umwelt in einem mittleren Frequenzbereich auf: Licht, Schall, Temperatur, Information usw. werden in unserem Gehirn in speziell begrenzten Wellenbereichen aufgenommen. Andere Gruppen von Lebewesen haben diesbezüglich andere Möglichkeiten. Man denke an das Hörvermögen der Hunde, das Sehvermögen der Raubvögel oder den Geruchssinn von Schweinen. In gewissem Umfang ist es uns allerdings gelungen, mithilfe der Technik viele uns nicht direkt wahrnehmbare Wellenbereiche nutzbringend zu transformieren; so z.B. der Radiowellen.
Die Beschränkung unserer Erkenntnisfähigkeit hängt eng mit der Begrenzung unserer Wahrnehmungsfähigkeit zusammen – und mit unserer geistigen Leistungsfähigkeit. Hinzu kommt, dass Informationsinhalt und Informationsgehalt unserer Wahrnehmungen sowohl von subjektiv ererbten Fähigkeiten als auch von geografischen, kulturellen oder anerzogenen Vorprägungen und schließlich sogar von unserem jeweiligen Wollen und Können abhängen.
Ausgestattet mit diesem Wissen leuchtet es ein, dass wir dringend eines Wahrnehmungsmanagements bedürfen.
Schauen wir uns insofern z.B. die Eröffnungsrede des deutschen Juristen und Sportfunktionärs Thomas Bach, welcher seit 2013 Präsident des Internationalen Olympischen Komitees ist, zu den 24. Olympischen Winterspielen in Peking an. Wir hier unten empfanden sie entsprechend unseres individuellen Informations-Vorfilters als völkerverbindend, friedfertig und zukunftsweisend. Die ÖRR-Korrespondenten Nils Kaben und Ulf Röller nahmen sie hingegen als nichtssagend, devot und irreführend wahr. Mit ihren progressiven Kommentaren haben sie uns somit geholfen, die Geschehnisse während der Eröffnungsfeier in Peking einzig richtig wahrzunehmen.
Gustave le Bon würde staunen, denn an diese unglaublichen Möglichkeiten des Wahrnehmungsmanagements hatte er damals noch nicht gedacht.

Christian Schultze

Die Lausitz braucht Perspektive!

Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und der FDP in Berlin strebt einen Kohleausstieg bis 2030 an. Wie das umgesetzt werden soll, ist bislang nicht bekannt. Auch die Staatsregierung in Dresden scheint keine Vorstellung zu haben, welche Maßnahmen notwendig sind, um nachhaltige Arbeitsplätze in der Region zu fördern.
Das ergab die Kleine Anfrage (Drs. 7/ 8736) von Frank Peschel.
Dazu kommentiert der AfD-Landtagsabgeordnete:
„Die Antwort der Staatsregierung ist genauso nichtssagend, wie die scheinbare Perspektivlosigkeit der Bundesregierung beim Kohleausstieg in der Lausitz. Wenn es nach Berlin geht, soll bis 2030 der Kohleausstieg vollzogen sein. Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze sollen abgebaut werden. Doch was kommt dann?
Während die Regierung in NRW eine Studie in Auftrag gab, welche neue Perspektiven und Chancen aufzeigt, verweist die Staatsregierung in meiner Anfrage auf ein Handlungsprogramm. Aber selbst diese Handlungsempfehlungen werden nicht umgesetzt.

>

Obwohl es u.a. darin heißt, dass eine „S-Bahn-Anbindung an den Ballungsraum Dresden" erfolgen soll oder „beispielsweise können entsprechende Flächen für Logistikstandorte und Umschlagplätze in Grenznähe gefördert werden."
Wenn die Staatsregierung schon keine Visionen für die Lausitz hat, dann muss sie sich Expertise einkaufen. Ich fordere die Staatsregierung auf, vergleichbar wie in NRW ebenfalls eine Studie in Auftrag zu geben, die Klarheit schafft, wie viele Arbeitsplätze in welchen Branchen entstehen können. Die Lausitz braucht Perspektive.
Handlungsprogramm z
Es müssen schnellsten die Voraussetzungen geschaffen werden, damit es zur Schaffung von neuen gutbezahlten Arbeitsplätzen kommt. Entscheidend dabei ist, dass die geförderten Projekte eine hohe Wirtschaftlichkeit entfalten und auch ohne staatliche Subventionen später weitergeführt werden."

Quelle: Studie IW Consult: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Strukturförderung im Rheinischen Revier
Kleine Anfrage: *https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=8736&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined*

Frank Peschel, MdL

Ausbildungszahlen Oberlausitz: Kritik am neuen Teilschulnetzplan war richtig

Im Mai 2021 verkündete die Staatsregierung den neuen Teilschulnetzplan für die berufsbildenden Schulen und erklärte: „Alle Landkreise profitieren von den Planungen und sind im Ergebnis bessergestellt als vorher." Vorausgegangen waren Diskussionen, dass der Landkreis Bautzen zahlreiche Ausbildungsberufe verliert. AfD und Linke forderten im Landtag deshalb die Aussetzung des Teilschulnetzplanes für ein Jahr.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter und Mitglied im Bildungsausschuss erklärt:
„Es hat sich bewahrheitet, was ich immer befürchtet habe und öffentlich kritisierte. Der ländliche Raum, speziell die Oberlausitz, ist der Verlierer des Teilschulnetzplanes für Berufsschulen. Noch sind die Zahlen nicht öffentlich, aber die im Bildungsausschuss gezeigten Daten bestätigen einmal mehr, dass die Staatsregierung ihr Augenmerk auf die Großstädte legt und den ländlichen Raum benachteiligt. Die LaSuB Standorte Bautzen und Chemnitz haben jeweils im dreistelligen Bereich weniger Lehrlinge, während der Standort Leipzig über 300 neue Lehrlinge gewonnen hat. Anhand der Zahlen scheitert jeder Versuch der Staatsregierung, den Teilschulnetzplan als Erfolg zu verkaufen. Die Oberlausitz ist Verlierer und mit ihr die Unternehmer, Kreishandwerkerschaft, Ausbildungsbetriebe und Lehrlinge, die bis zum Schluss für die Region kämpften.
Trotzdem werde ich mich weiter für eine Vielzahl an Ausbildungsberufen in der Oberlausitz und für eine Novellierung des Teilschulnetzplan für die berufsbildenden Schulen im Freistaat einsetzen".

Frank Peschel, MdL

Mindestlohnerhöhung nicht zulasten der Arbeitgeber und Verbraucher

Zum 1. Oktober 2022 soll der Mindestlohn in Deutschland auf 12 Euro steigen. Das geht aus einem Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums hervor. Von der Erhöhung des Mindestlohns werden rund 8,6 Millionen Menschen profitieren.

Dazu kommentiert der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel:
„Ich freue mich für jeden Arbeitnehmer, der von der Erhöhung des Mindestlohns profitiert. Jedoch darf man nicht übersehen, dass für viele Arbeitgeber die Mindestlohnerhöhung ein Problem werden könnte.
Einerseits, weil der Staat damit in die unternehmerische Freiheit vieler kleiner Handwerksbetriebe und Unternehmen in der Oberlausitz eingreift.
Andererseits wird der Mindestlohn dazu führen, dass Facharbeiter ebenfalls eine höhere Entlohnung, entsprechend der Qualifizierung, fordern.
Höhere Lohnkosten können große Unternehmen leichter kompensieren, z.B. durch Preiserhöhungen, Personalkürzungen oder Umsatzerhöhung.
Unsere hiesigen Unternehmer werden die Kosten weitergeben, das heißt die Preise werden u.a. im Dienstleistungs- und Gastronomiebereich oder beim Friseur steigen. Die Mehrkosten muss der Verbraucher tragen.
Gleichzeitig steigen für alle Unternehmen und Verbraucher die Energiepreise, welche die Unternehmen zusätzlich vor große Herausforderungen stellen. Ob das jetzt nach den massiven wirtschaftlichen Eingriffen durch die Corona-Vorschriften notwendig ist, stelle ich in Frage.
Mehr Lohngerechtigkeit und höhere Einkommen im Niedriglohnsektor entstehen, wenn der Staat die Steuerlast für Arbeitgeber- und Arbeitnehmer senken würde. Doch offensichtlich hat die Bundesregierung daran kein Interesse, denn der Staat ist der große Profiteur des neuen Mindestlohnes – auf Kosten der Arbeitgeber und Verbraucher."

Frank Peschel, MdL

Nachtrag zur Stadtratssitzung 09.02.2022

Auch in dieser Stadtratssitzung zeigte sich bei den Antragsabstimmungen wieder, wie aktuell unsere in der Haushaltsrede formulierten Forderungen sind:
„Dies sollte eine sachliche und keine ideologische, politische Frage sein"
„Wir hoffen und wünschen uns dafür eine faire, offene, aber ideologiefreie Zusammenarbeit ..."
Innerhalb der Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2022 wurden zwei Änderungsanträge zum Thema „Neue Spreebrücke" aufgerufen.
Dabei sollte abgestimmt werden, ob weitere 200.000 € für Planungen für den Brückenbau ausgegeben werden sollen.
Der erste Antrag dazu, von der AfD eingebracht, wurde mehrheitlich abgelehnt, darunter CDU und Grüne.
Abstimmung: 8 x Ja / 16 x Nein / 5 x Enthaltung
Der zweite Antrag dazu, von der CDU eingebracht, wurde mit Stimmen der CDU, AfD und Grünen mehrheitlich beschlossen.
Abstimmung: 16 x Ja / 13 x Nein / 0 Enthaltungen
Das zeigt, dass wir nur nach sachlichen Argumenten werten und abstimmen, im Sinne der Bürger/ Wähler in Bautzen, egal von welcher Fraktion eingebracht.
Bei CDU und Grünen ist dies leider nicht so, wie schon im vorigen Jahr zu diesem Thema (180.000 € Brücke) durften CDU (Bundesvorstandsbeschluss) und Grüne (Ideologische Schranke) nicht einem AfD – Antrag zustimmen.
Eine sachliche, offene und faire Zusammenarbeit im Stadtrat, zum Wohle der Bautzener Bürger, sollte wohl anders aussehen.

AfD – Stadtratsfraktion Bautzen

Lausitz: CDU ist Verursacher des Niedergangs, spielt sich aber als Retter auf!

Zum Strukturwandel der Lausitz und den Plänen, den Kohleausstieg auf 2030 vorzuziehen, erklärt der AfD-Abgeordnete Timo Schreyer:
„Es ist jetzt schon absehbar, dass die CDU dem vorgezogenen Kohleausstieg letztendlich zustimmen wird. Die Sächsische Staatsregierung feilscht anscheinend nur noch um zusätzliche Fördermittel, statt grundsätzlichen Widerstand gegenüber der Bundesregierung klar und deutlich zu artikulieren.
Wenn die Lausitzer CDU-Abgeordneten suggerieren, sie könnten mit ihrem Schmusekurs 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen, so ist das hochgradig unseriös. Denn erstens können nur leistungsstarke Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Zweitens spielen sich hier die Verursacher des Niedergangs der Lausitz als ihre Retter auf. Der überstürzte Kohleausstieg wurde schließlich noch unter CDU-Verantwortung initiiert.
Die CDU hatte zudem seit 1990 über 30 Jahre Zeit, den Strukturwandel voranzubringen. Was ist geschehen? So gut wie nichts. Sage und schreibe seit 1979 wird z.B. die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Görlitz hoch und heilig versprochen. Das nun als neues Projekt zu verkaufen, ist an Lächerlichkeit kaum zu überbieten.
Die AfD hingegen bringt in den Sächsischen Landtag konkrete verkehrspolitische Maßnahmen ein. So haben wir jüngst beantragt, eine Schnellstraße zwischen Dresden und Posen zu schaffen."

Hintergrund: Am 25. Januar findet um 14 Uhr im Plenarsaal des Landtags eine öffentliche Anhörung zum AfD-Antrag (Drs. 7/7800) statt. Der Antrag trägt den Titel: „Mobilität für Sachsen und die Lausitz effizienter gestalten – Möglichkeiten einer neuen Trasse zwischen Dresden und Posen als politisches Ziel verfolgen".

Timo Schreyer, MdL

Steht die Oberlausitz auf dem Abstellgleis?

Nach Informationen des MDR plant die Deutsche Bahn große Investitionen in Sachsen. 40 Bahnhöfe und Haltepunkte sollen modernisiert werden. Es werden mehrere Strecken ausgebaut und das Personal in Sachsen wird aufgestockt.
Dazu erklärt Timo Schreyer, Landtagsabgeordneter und Mitglied des Wirtschaftausschusses:
„Die Bahn nimmt hierfür sehr viel Geld in die Hand, jedoch ist der Ausbau bzw. die Elektrifizierung der Strecke Görlitz - Dresden wieder unter den Tisch gefallen. Aus unserer Sicht ist Streckenelektrifizierung viel wichtiger, zumal der Ausbau der A 4 noch sehr lange dauern wird. Eine Entlastung des Verkehrs zwischen Görlitz und Dresden erfolgt weiterhin nicht wirklich. Ebenso ist die angebliche Verbesserung der lange geforderten Chemnitzer Berlin-Anbindung nur als Stückwerk zu betrachten. Zwei tägliche Direktverbindungen sind für eine Stadt wie Chemnitz zu wenig und nicht angemessen. Im Ergebnis handelt es sich um längst überfällige Investitionen zum Erhalt der Bahninfrastruktur. Eine Investition in den Bahnausbau ist es jedoch nicht."
Weiter erklärt der Abgeordnete: *„Die Reaktivierung stillgelegter Strecken wie beispielsweise Königsbrück-Straßgräbchen finden weiterhin keine Berücksichtigung. Die Wiederaufnahme dieser Strecke würde die kürzeste Direktverbindung zwischen Dresden und dem Lausitzer Seenland abbilden und einen realen Wirtschaftsfaktor in dieser Region generieren. Das würde einerseits den Tourismus in der Lausitz stärken, aber auch den wirtschaftlich wichtigen Speckgürtel von Dresden erweitern."*

Timo Schreyer, MdL

Heute auf dem Spielplan

Wenn es den bildungshungrigen Bürger in früheren Zeiten nach künstlerischer Unterhaltung dürstete, fragte er sich, was denn zum Beispiel im Theater gegeben wird. Das Repertoire konnte dabei von Ballett bis Sinfoniekonzert oder Lustspiel, bis hin zur Oper reichen.
Es gab auch Jahrzehnte, da Agitprop auf dem Programm stand.
Jetzt gibt es einen Dauerbrenner mit dem Titel: „Testzentrum". Da kann der künftige Zuschauer oder Zuhörer seine symptomlose Arbeitsfähigkeit feststellen lassen, bevor er dann in seiner Freizeit zum Kunsterlebnis zugelassen werden kann. Große farbige Banner weisen am „Großen Haus" darauf hin. Dazu Schilder mit: „Eingang hier" und „Ausgang nur hier", um auf die perfekte Inszenierung aufmerksam zu machen.
Hat man die Generalprobe in diesem Falle negativ über- und erlebt, kann der wahre Kunstgenuß beginnen. Unter anderem mit Stücken wie „Der Reichsbürger". „Wie viel Reichsbürger steckt in uns?" Mit dieser Frage, und „… weil die Szene laut sächsischem Verfassungsschutz auch in der hiesigen Region aktiv ist, stellt sich das Deutsch-Sorbische Volkstheater jetzt diesem hochaktuellen Thema" (Zitat Wochenkurier). Sagte ich oben, das Zeitalter des Agitprop sei vorbei?
„Und ewig rauschen die Gelder" heißt ein weiteres Werk, welches zur Aufführung kommt. Da kann der Arbeitnehmer mal herzlich darüber lachen, wofür sein schwer verdientes Geld so ausgegeben wird. Nämlich für „…ein Sozialsystem, das mit Ungerechtigkeiten und Gesetzeslücken seine Ausnutzung geradezu forciert." Darüber zu referieren bräuchte es einen weiteren, gar nicht lustigen Artikel.
Auch das Burgtheater spielt im Geiste der Zeit: „Dieter und der Wolf - Eine tragische Komödie aus dem ländlichen Raum" dürfte den von Wölfen heimgesuchten Landwirt herzinniglich erfreuen. Für die Kleinen gibt es indes ein Lehrstück mit dem Titel: „Ein Schaf fürs Leben". Was Hänschen nicht lernt …
Das Stück „Der dressierte Mann" ist eine weitere Möglichkeit der Abendgestaltung. „Hier ist die Frau der Mann im Haus …" und auf „lustige" Weise wird die Frage gestellt: „Brauchen Frauen und Männer einander überhaupt noch - und wenn, wozu?"

Mir stellt sich die Frage: Brauchen wir DIESE Art von Theater noch – und wenn, wozu?

Carla Nicholson

Hilfe, wir „verdenglischen"!!!

„Made for family moments" schreit mich das Titelblatt des Tchibo-Katalogs vom Februar an. „Green me up" ruft es auf Facebook bei „Einfache Pflanzen für Einsteiger".
Glücklich, eine in Deutschland produzierende Firma gefunden zu haben, erwarb ich hochwertige Töpfe bei „Rösle". Man wirbt mit der Tradition seit 1888. Die deutsche Sprache scheint dabei zwischen den Topfdeckeln erdrückt worden zu sein. Ein hochwertiges Prospekt lag dem Paket bei. In großen Lettern las ich: „Live, love, cook".

Ich gehöre auch zu den „Weltrettern" bei „Evergreen". „Dein:e Freund:in auch? „Spread love not plastic waste", dann ein Herzchen, statt Satzzeichen auf einem beiliegenden Kärtchen. Ein wahrer „feel-good-moment"!
Dadurch, daß mir diese babylonische Sprachverwirrung und –entstellung auf Schritt und Tritt begegnet, wird es nicht besser. Auch ein Gewöhnungseffekt will sich partout nicht einstellen Ich werde dann mal meine „Work-Life-Balance" „checken" und an meiner „attitude" (richtigen Haltung) arbeiten.

Carla Nicholson

Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Wilthen

Wilthen ist eine sächsische Kleinstadt in der Nähe der tschechischen Grenze am Rand der Oberlausitz im Landkreis Bautzen. Die Stadt nennt sich selbst auch „Stadt des Weinbrandes". Das Wappen der Stadt Wilthen zeigt eine Frauengestalt auf blauem Schild. Ihre Augen sind verbunden, in der erhobenen linken Hand hält sie eine goldene Waage und in der gesenkten Hand ein goldenes Schwert. Seit 1920 findet sich im Stadtwappen ein Hinweis auf die wichtigsten Erwerbszweige der Stadt: auf der linken Seite sind ein goldener Webschützen (Textilindustrie) sowie eine goldene Weintraube (Weinbrennerei) zu sehen. Die silberne Frauengestalt im Wappen ist Justitia, die altrömische Göttin der Gerechtigkeit. Sie wurde vermutlich schon seit 1669 im Stadtwappen geführt, denn in diesem Jahr wurde Wilthen das Markt- und Stadtrecht vom Sächsischen Kurfürsten verliehen.

Quellen: wilthen.de/Wikipedia/Stadt Wilthen

Spendenkonto:
Alternative für Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband Bautzen Spende

Impressum:
Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilse
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda